

des Herrn Abg. Fräßdorf. Herr Abg. Fräßdorf sagt: Man müsse das Volk zum Sturmanlaufe organisiren gegen das Wahlgesetz. Wenn also beim nächsten Landtage viele tausend Unterschriften gegen das Wahlgesetz kommen, so sind sie nicht hervorgegangen aus der freien Ueberzeugung des Volkes, sondern hervorgerufen durch die Hag!

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat Herr Vizepräsident Spitz.

Vizepräsident Spitz: Meine Herren! Als wir vor mehr als vier Jahren daran gingen, unser sächsisches Landtagswahlrecht zu ändern, da wissen wir ja alle noch, mit welcher Energie die Herren sozialdemokratischen Vertreter in dieser Kammer gegen dieses unser Bestreben sich gewendet haben. Wir erinnern uns alle noch lebhaft, wie sie uns damals schon auf das Bündigste und Leidenschaftlichste versichert haben, daß, wenn es uns gelinge, eine derartige Wahlreform durchzuführen, wir nicht bloß während der Berathung schon das Volk in dem Maße erregen würden, daß möglicher Weise sogar Gewaltthätigkeiten zu erwarten seien, sondern auch, daß, wenn es uns gelinge, die Vorlage durchzubringen, wir auf das Sicherste überzeugt sein könnten, daß die Entrüstung über eine derartige Aenderung des Wahlrechtes im Volke so tiefgehend sein werde, daß unmöglich Jahre vergehen könnten, ohne daß der heftigste und leidenschaftlichste Ansturm gegen das neue Wahlgesetz sich von neuem im Volke geltend machen und daß das Volk nicht eher ruhen werde, als bis das Gesetz wiederum zu Fall gebracht sei. Seit dieser Zeit, meine Herren, sind vier Jahre in's Land gegangen. Wenn wir aber heute Gelegenheit gehabt haben, das Wahlrecht und die Wahlreform von Seiten des Herrn Abg. Fräßdorf erörtern zu hören, so ist unverkennbar, daß nach der ganzen heutigen Stimmung, die über der Kammer, die augenscheinlich auch über den Zuhörern ruht, von alledem, was uns damals in so lebhafter Weise prophezeit worden ist, nicht das Mindeste eingetroffen ist. Ich kann zwar die Art und Weise, wie der Herr Abg. Fräßdorf heute das bestehende Wahlrecht kritisiert, und wie er die im Hause vertretenen Parteien einer Kritik unterzogen hat, nichts weniger als sachlich und ruhig nennen. Aber, meine Herren, von dem Bewußtsein, daß das Volk hinter ihm steht, wenn er uns heute androht, daß die Aufrechterhaltung dieses Wahlrechtes zum Ruin des Landes führen würde, von diesem Bewußtsein ist er in seinen Reden und Ausführungen ganz bestimmt nicht getragen worden. Seine ganzen Ausführungen haben nicht diesen, sondern mehr

den Stempel und das Bewußtsein an sich getragen, daß vor Auseinandergehen der Kammer und vor allen Dingen vor dem Scheiden der Sozialdemokraten aus der Kammer überhaupt etwas gesagt werden müsse. Nun, dieser Pflicht hat er genügt; das geringe Interesse, das im Publikum für seine Ausführungen vorhanden ist, und die ruhige Aufnahme, die sie in der Kammer gefunden haben, wird ihn wohl des Genügenden belehren, daß die Weltgeschichte einmal das heutige Ereigniß, daß die Herren Sozialdemokraten möglicherweise mit diesem Landtage aus der Kammer scheiden werden, nicht als ein Ereigniß von fundamentaler Bedeutung verzeichnen wird. Das thun wir thatsächlich alle nicht, dazu hat die Weltgeschichte gar keine Veranlassung. Zunächst, meine verehrten Herren, ist es doch, wenn die Herren Sozialdemokraten darüber ungehalten sind, daß das 1892 erlassene Wahlgesetz vielleicht drastischer gewirkt hat, als wir selbst beabsichtigt haben, eigentlich sehr falsch, wenn von Seiten der Sozialdemokratie uns Vorwürfe gemacht werden. Sie wissen ja, wie die Sozialdemokratie sich bei den bisherigen Wahlen gegenüber der Wahlreform gestellt hat. Ihre Vertreter haben bis zum heutigen Tage sich noch nicht darüber einigen können, ob sie unter dem neuen Wahlgesetze überhaupt ihre Wahlthätigkeit ausüben, oder ob sie sich der Betheiligung enthalten sollen. Obwohl man fast in allen Wahlkreisen seitens der Sozialdemokratie Kandidaten aufgestellt hat, hat doch die reichliche Hälfte der Sozialdemokratie sich zurückgehalten, indem sie erklärt hat, daß sie unter diesem Wahlrechte nicht mit thätig sein wolle. Meine Herren! Was soll man aber von einer Partei sagen, die sich in dieser Weise gegenüber dem bestehenden Wahlrechte verhält? Selbst zugegeben, es wäre mit diesem Wahlrechte den Herren von der sozialdemokratischen Seite Unrecht geschehen: ist es denn einer Partei, die sich bisher in lautester Weise als diejenige gepriesen, die über kurz oder lang die ganze Welt erobern werde, würdig, gegenüber einer derartigen Maßnahme sogleich die Waffen zu strecken? Ja freilich, bei dem allgemeinen Wahlrechte, wo Sie Massen gegenüber haben, die stets für die Angriffe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung nur zu empfänglich gewesen,

(Sehr richtig!)

gegenüber diesen zu wirken, gegenüber diesen Ihre Kandidaturen durchzusetzen, dessen haben Sie sich sehr oft gerühmt und auch heute thun Sie dies noch. Ich meines theils habe es aber nie als ein Kunststück angesehen, sondern habe stets gemeint, daß in die Massen Bitterung zu säen sehr leicht,

(Lebhafte Zustimmung.)